

Resolution: Nein zum Sozialabbau mit RailFit 20/30

Die Delegierten der GAV-Konferenz SBB/SBB Cargo AG haben am 6. Oktober 2016 bei der UNiA-Zentrale im Egghölzli in Bern folgende Forderungen an die SBB-Leitung verabschiedet:

- Die SBB-Leitung muss die beabsichtigten Massnahmen in Sachen Risikobeiträge und Berufsinvalidität sofort rückgängig machen und auf diese Sparmassnahmen zulasten der Mitarbeitenden verzichten.
- Die SBB soll eine attraktive Arbeitgeberin bleiben und ihre soziale Verantwortung weiterhin wahrnehmen.

Anlass:

Im Rahmen des Abbauprojektes RailFit 20/30 hat die SBB unter anderem folgende Absichten kommuniziert:

1. Die SBB will die Prämien für die Risikoversicherung der Pensionskasse (PK) SBB paritätisch aufteilen

Konkret bedeutet dies, dass die Risikobeiträge an die PK SBB neu paritätisch mit je 0,8% Lohnprozenten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgeteilt werden sollen. Für die Mitarbeitenden bedeutet dieses zusätzliche Beitragsprozent, dass sie am Ende des Monats 0,8% weniger Geld auf das Lohnkonto erhalten.

Der SEV hält fest, dass für die Aufteilung der Risikoprämien der Stiftungsrat der PK SBB zuständig ist und dass die SBB-Leitung nicht einseitig darüber beschliessen kann. Vor allem aber ist diese Aufteilung ein wichtiges Element der Anstellungsbedingungen, welche die SBB und ihre Sozialpartner miteinander ausgehandelt haben. Die Aufteilung einseitig zu ändern verstösst gegen Treu und Glauben und beschädigt das sozialpartnerschaftliche Verhältnis. Dies umso mehr, als die Sozialpartner vereinbart haben, auf Lohnverhandlungen zu verzichten. Lohnverhandlungen aber hätten die negativen Auswirkungen einer solchen Neuaufteilung der Risikoversicherungsprämien für das Personal abfedern können.

2. Die SBB hat die aktuelle Vereinbarung zwischen ihr und der PK SBB zur Berufsinvalidität per 1. Januar 2017 gekündigt.

Zwar ist die SBB bereit, neue Bedingungen mit der PK SBB auszuhandeln. Ihr Ziel ist jedoch auch hier, Einsparungen zulasten der Mitarbeitenden zu machen. Die Folgen wären gravierend, vor allem bei Monopolberufen. Auch würde die SBB von ihrer jetzigen Pflicht, Integrationsstellen zu schaffen, entbunden und würde in der Folge vermehrt Kündigungen aussprechen.

Der SEV hat bei der SBB-Leitung interveniert und gefordert, dass sie diese beiden geplanten Massnahmen zurückzieht.